

# jung.sozialistisch.

Der Newsletter der Jusos in der SPD Dresden. Ausgabe 10/12

## Inhaltsverzeichnis

---

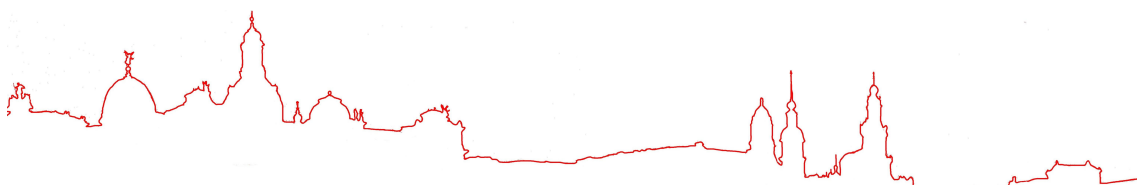
Vorwort	1
Termine	3
Kanzlerkandidat Steinbrück?	3
”Warum gibt es keinen Frieden im Heiligen Land?”	6
Hochschultour mit Holger Mann	8
”Rassismus tötet!”-Demonstration Leipzig	8
Redaktion	9

## Vorwort

---



von *Stefan Engel* - Ein rot-weißer LKW, 25 teilweise glatzköpfige Begleiter und eine mehr als üppige Lautsprecheranlage. So lässt sich die ”Brandstiftertour” der sächsischen NPD zusammenfassen. In dieser oder ähnlicher Konstellation haben die Nazis in Dresden, aber auch in vielen anderen sächsischen Städten Station gemacht, um gegen die angebliche ”Überfremdung” Sachsens zu demonstrieren. Über die dahinterstehende Dummheit muss ich hoffentlich kein Wort verlieren, vielmehr geht es mir um etwas anderes: Oftmals hören wir in der Öffentlichkeit in Bezug auf Nazis die gemeine Floskel ”Warum protestiert ihr denn? Ignoriert sie doch einfach!”. So klang es diesmal teilweise auch in Bezug auf die Tour der NPD: ”Lasst die 25 Hanseln doch marschieren, gebt ihnen doch keine Aufmerksamkeit!”. Dieser Vorschlag ist in zweierlei Hinsicht äußerst trügerisch:



Wir alle wissen, was passieren kann, wenn man Nazis einfach gewähren lässt und auf die Ordnungsmacht der Polizei vertraut. Nazis morden, verletzen Menschen und schrecken vor kaum einer barbarischen Handlungsweise zurück. Wenn sie Chancen sehen z.B. ein AsylbewerberInnenheim zu bedrohen, dann tun sie das im Regelfall auch. Hier müssen sich andere Menschen offensiv entgegenstellen und zeigen, dass es neben der Polizei auch eine aufmerksame Zivilgesellschaft gibt.

Ein zweiter Grund gegen diesen trügerischen Vorschlag lässt sich am Beispiel Dresden recht gut festmachen: Wenn Nazis ungestört und unkommentiert marschieren können, dann ist das für sie ein Wert an sich. Sie fühlen sich wohl und im Regelfall sieht man im kommenden Jahr dann deutlich mehr von ihrer Sorte. So kann aus einem unscheinbaren Marsch vom Hauptbahnhof zum Altmarkt über die Prager Straße durchaus innerhalb von wenigen Jahren der zwischenzeitlich größte Naziaufmarsch Europas werden. Erst als sich in Dresden ein handlungsbereiter Gegenprotest in Form u.a. in der Form des Bündnisses "Dresden Nazifrei" etablierte, konnte diese unheilvolle Entwicklung gestoppt werden.

Umso besser, dass bei der NPD-Tour die Zahlenverhältnisse mehr als deutlich waren und viele zivilgesellschaftliche Akteure klar Flagge gezeigt haben. Nazis darf in Sachsen keine Plattform gegeben werden. Desto mehr freue ich mich auch darüber, dass unsere Vollversammlung am 13. Oktober erneut einstimmig die Unterstützung des Bündnisses "Dresden Nazifrei" beschlossen hat. Wir wollen wieder Teil des Bündnisses sein und unseren Teil zur Wiederholung der letztjährigen Erfolge beitragen. Das darf kein Lippenbekenntnis werden, sondern muss auch mit handfester Solidarität und Anerkennung gegenüber unseren VertreterInnen im Bündnis einhergehen.

Bestmögliche Unterstützung wird hier auch der auf der Vollversammlung neugewählte Juso-Unterbezirksvorstand liefern: Wir haben mit Henriette, Michael, Jessika, Mathias, Alexandra, Christopher und mir ein aus meiner Sicht fittes Team gewählt, auf dessen Arbeit ich mich schon freue. Erste Bausteine zur Umsetzung der im Arbeitsprogramm verankerten Punkte und vieler Dinge mehr haben wir auf unserer Vorstandsklausur bereits gelegt. Wie auch im vergangenen Jahr, könnt ihr mich jederzeit mit euren Fragen, Kritiken und Meinungen behelligen.

[stefan.engel@jusos-dresden.de](mailto:stefan.engel@jusos-dresden.de)



## Termine

---

- 06.11.2012, 21:00 Uhr: Wahlabend USA, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20, Dresden)
- 12.11.2012: Offenes Mitgliedertreffen, GEMA-Gebühren-Reform, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20, Dresden)
- 18.11.2012, 11:00 Uhr: Juso-Brunch im Bottoms Up (Martin-Luther-Straße 31, Dresden)
- 22.11.2012, 19:00 Uhr: Arbeitskreis Wirtschaft & Soziales zum Thema "medizinische Teilhabe" - Genossenschaft (Prießnitzstraße 20, Dresden)
- 06.12.2012, 19:00 Uhr: Kaminesgespräch mit Constanze Krehl, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20, Dresden)
- 14.12.2012: Juso-Weihnachtsfeier - Genossenschaft (Prießnitzstraße 20, Dresden)

Die aktuellen Termininformation findet ihr unter [www.jusos-dresden.de](http://www.jusos-dresden.de).

## Kanzlerkandidat Steinbrück?

---

*von Robert Schmock* - Nun haben wir also seit einigen Wochen einen Kandidaten. Viele haben diese Entscheidung begrüßt – sei es aus Sympathie für den Kandidaten oder aus Unbill über den Prozess der Kandidatenkür oder die Berichterstattung darüber. Ich zähle mich nicht zu diesen Vielen.

Meine Bedenken das Ergebnis dieses Prozesses kumulieren in zwei kurzen Statements: "Nicht er! Und nicht so!". Die Gründe dafür möchte ich im Folgenden erläutern.

Wenn wir uns das Prozedere der Kandidatenkür anschauen, reicht es nicht, auf die letzten Wochen zu schauen, um zu verstehen, was da genau abgelaufen ist. Wir müssen zurückschauen noch vor die Bundestagswahl 2009 – auf einen Zeitpunkt, zu dem Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier ihren erfolgreichen Putsch gegen den damaligen Vorsitzenden Kurt Beck verkündeten. Frank-Walter Steinmeier ließ sich mit Bezug auf seine Umfragewerte zum Kanzlerkandidaten der Partei ausrufen, während Franz Müntefering den Parteivorsitz übernahm. Das schien in der damaligen Situation für einige, nicht unwesentliche Teile der Partei absolut rational, da Kurt Beck sich relativ geringer Beliebtheit erfreute (Titanic titelte damals mit dem inzwischen verbotenen "Problembär"-Cover) und zudem drauf und dran war, die Festlegungen der Agenda 2010 aufzuweichen, indem er i.e. längere Arbeitslosengeld-Bezugszeiten für ältere Arbeitnehmer forderte. Die Ergebnisse dieser Kandidatenkür waren mit 23% für die SPD das schlechteste Ergebnis und generell die niedrigste Wahlbeteiligung seit Bestehen der Bundesrepublik. Noch am Wahlabend erklärte Frank-Walter Steinmeier, er werde die Aufgabe annehmen und als Oppositionsführer für die SPD agieren und kürte sich selbst zum Fraktionsvorsitzenden und damit zum potentiellen Kanzlerkandidaten für 2013.

Als Resultat dieser vernichtenden Niederlage erklärte der neue Parteivorsitzende Sigmar Gabriel die Partei für "zum Umbau geöffnet" und forderte Transparenz und Nähe zum



Bürger ein. Nur ein Jahr später bildete sich die sogenannte "Troika", bestehend aus Peer Steinbrück – der sich in der Krise durch sein energisches Auftreten einen Namen gemacht hatte, Frank-Walter Steinmeier, dem Oppositionsführer, der nicht opponierte und Sigmar Gabriel selbst und wurde 3 Jahre vor der Wahl medial festgelegt als der Kreis, aus dem sich der Kandidat für die nächste BTW wohl rekrutieren werde – zwei strikt konservative Agendapolitiker und ein mit etwas Wohlwollen mitteorientierter Parteivorsitzender.

Um den linken Parteiflügel damit nicht zur offenen Revolution zu treiben und im Gedenken an die Kandidatenkür für die Wahl '09 stand ein großes Versprechen seit 2010 im Raum – ein klares, transparentes Verfahren mit einer Kandidatenkür im Januar 2013 und seit Anfang 2012 sogar die Urwahl des Kanzlerkandidaten und dass man sich bis dahin zurückhalten werde. Die kleine Bemerkung "falls es mehrere Kandidaten geben sollte", ging dabei fast unter, da jeder davon ausging, dass es mehrere Kandidaten gibt.

In der Retrospektive wird klar: Alle Beteiligten damals wussten bereits, wenn man ihren Aussagen Glauben schenken kann, dass es nur einen Kandidaten gibt: Peer Steinbrück. Das war nach heutigem Duktus bereits seit Anfang 2011 klar. Seit anderthalb Jahren wird uns also eine Wahl vorgegaukelt, die wir nie hatten. Und um Alternativen zu suchen, ist es nun zu spät. Die letzten zwei Jahre sind wir von einer SPIEGEL- und SZ-Kampagne unter tatkräftiger Mithilfe des altersstarrsinnigen Realpolitikers Helmut Schmidt auf das Ergebnis dieses Prozesses eingestimmt worden, mit Lobeshymnen auf einen Kandidaten, der noch vor einiger Zeit vehement abgestritten hatte, überhaupt Kandidat sein zu wollen. Das ging sogar so weit, dass der Choreografiebruch des CICERO, der aus Versehen frühzeitig berichtete, dass die Entscheidung bereits gefallen sei, heftig dementiert wurde, nur um eine Woche später die Kanzlerkandidatur Steinbrücks zu verkünden und im eilig einberufenen Parteivorstand einstimmig abzunicken. Ein Lump, wer Schlimmes dabei denkt.

Was aber ist nun das Problem am Kandidaten Steinbrück?

Kurz und knapp drei Dinge sind problematisch:

Zum ersten ist seine Rolle in der Finanzkrise entgegen dem allgemeinen Medientenor keine positive gewesen. Steinbrück hat noch 2006, also kurz vor dem Crash verkündet, dass er denjenigen, die die Finanzmärkte regulieren wollten, nicht mehr helfen könne. Anderen Leuten, die in finanzpolitischen Dingen offenbar klarer sahen als er, begegnete er damit mit einer Chuzpe, die wenig mit seiner tatsächlichen Kompetenz zu tun gehabt haben dürfte. Vor dieser Krise (und auch der nachfolgenden Eurokrise) wurde eindringlich gewarnt. Steinbrück war nur nicht in der Lage zuzuhören. Er bezeichnet die Handlungsweisen der damaligen Zeit der sozialdemokratischen Finanzmarktderegulierung noch heute als prinzipiell richtig, um für Deutschland einen den angloamerikanischen Ländern ebenbürtigen Finanzmarkt zu schaffen. Sein Verhältnis zu den Finanzmärkten dürfte sich also nicht prinzipiell geändert haben. Auch in Sachen Konjunkturprogramme, die er sich ja als Krisenmanager ans Revers heftet, sieht die Bilanz eher düster aus. Nicht nur, dass



es Peer Steinbrück war, der sich bis zuletzt gegen Konjunkturprogramme im Zuge der Finanzkrise gewehrt hatte, als fast alle anderen Länder diese bereits beschlossen hatten. Peer Steinbrück ist es auch, dessen Griechenlandstrategie darin besteht, den Griechen die Sparanstrengungen auf eine längere Zeit zu strecken, wo ein Sigmar Gabriel noch einen "Marshallplan" forderte. Eine Strategie, bei der es nur wenig bedarf, um ihre Absurdität zu erkennen (in etwa die ökonomischen und sozialen Konsequenzen der erzwungenen griechischen Kürzungen – Stichwort: Entwicklung der Schuldenquote) und die wenige Wochen nach ihrer Äußerung bereits von der Realität überholt worden ist. Sparen ist bei Staaten eben doch keine Frage der Genügsamkeit sondern eine Frage der korrekten Interpretation wirtschaftlicher Zusammenhänge. Auch sein Konzept der Bankenregulierung zeigt keinen echten politischen Willen zur Veränderung. Das von ihm vorgelegte Konzept bezieht sich einzig und allein auf eine Lösung in der gesamten Europäischen Union. Wie wahrscheinlich ist es aber, dass sich ein britischer Premierminister ohne konkrete Drohung mit einer Alternative auf Regelungen einlässt, die gerade der City of London ein Stück weit das Wasser abgraben? Die populäre Ansicht, dass Peer Steinbrück mit seinen inzwischen 65 Jahren tatsächlich aus der Krise gelernt hätte, ist also zumindest in Zweifel zu ziehen.

Zum zweiten ist seine Glaubwürdigkeit in Bezug auf das Einhalten von Wahlprogrammen genauso in Zweifel zu ziehen wie seine Loyalität zur Partei. Peer Steinbrück war der verantwortliche Minister, als nach dem Wahlkampf 2005 (in dem wir groß plakatierten: "Merkelsteuer, das wird teuer!") die Mehrwertsteuer sogar um mehr als den von Merkel in ihrem Wahlkampf geforderten Satz anstieg, obwohl wir genau das hatten verhindern wollen. Und Peer Steinbrück mischte sich auch im Nachgang der Wahl in Hessen ein und kündigte der Parteilinken die Loyalität auf, als er in den Chorus derer einstimmt, die im Verhalten Ypsilantis einen infamen "Wortbruch" sahen (ohne auf andere Versprechen oder Inhalte einzugehen) – im übrigen genau wie sein politischer Förderer Wolfgang Clement, der es nur noch einen Zacken weiter trieb und im Zuge dieser Affäre die Partei noch ein letztes Mal vorführte. Peer Steinbrück war es auch, der ständig die Diskussion über den Kanzlerkandidaten der SPD entgegen des vereinbarten Verfahrens (auch wenn dies im Nachhinein vielleicht doch nur alles Show war) mit Alleingängen anheizte – die "Er kann's"-Kampagne ist dabei nur das prominenteste Beispiel. Peer Steinbrück hat sich Befreiheit erbeten und erwähnte, dass das Programm zum Kandidaten passen müsse. Was das vor diesem Hintergrund bedeutet, kann man sich denken.

Zum dritten stellt die Kanzlerkandidatur in diesem Falle eine Salbung dar, deren zugrundeliegende Verdienste ich beim besten Willen nicht erkennen kann. Das Verhalten im Vorfeld sowohl von Peer Steinbrück als auch seiner Unterstützer und Förderer nicht nur zu tolerieren, sondern sogar zu belohnen, schadet der Parteikultur. Die Kandidatur Steinbrücks ist nicht nur ein Symbol für die Person Peer Steinbrück selbst. Es handelt sich hier auch um den Sieg des konservativen Flügels der SPD – also des Flügels, dessen behauptete wirtschaftspolitische Kompetenz und als Monstranz vor sich hergetragener Realismus in den Mühlen der deutschen Sozialstatistik und den Wellen der nicht enden



wollenden Finanzkrise zu Staub zermahlen sein müsste. Das Verstoßen gegen Abmachungen, die Verletzungen der innerparteilichen Solidarität und die Weigerung, grundlegende Prinzipien des demokratischen Prozederes und des Anstands zu beachten, darf nicht belohnt werden. Denn nur wenn die Kosten für solches Handeln hoch genug sind, kann man darauf hoffen, dass es in Zukunft unterbleiben wird.

Deshalb gilt für mich für die Kandidatur Peer Steinbrücks: Nicht er! Und nicht so!

## **"Warum gibt es keinen Frieden im Heiligen Land?"**

### **Der AK Internationales im Oktober mit Stargast**

*von Fabian Wendt* - Seit langem hatten wir wieder volles Haus, aber das war bei diesem Gast auch nicht verwunderlich. Zur Debatte des Konfliktes in Palästina hatten wir niemand geringeren, als den Sprecher der Fatah für Europa gewonnen: Dr. Jamal Nazzal. Mit der Fatah als dominanter Kraft hinter der Palestinian Liberation Organization (PLO), dem Bannerträger der palästinensischen Sache und Herrn Dr. Nazzals Sitz in dessen Revolutionsrat, war jedem klar, hier die einmalige Chance zu haben, einen der Entscheidungsträger des Nahostkonfliktes treffen zu können. Mit finanzieller Unterstützung der Palästinensischen Diplomatischen Mission in Berlin reiste unser Gast aus Bochum an, um den Jusos am vergangenen Montag Rede und Antwort zu stehen.

Und Fragen gab es genug: Bequeme, zum Beispiel, wie er seinen eigenen Kindern denn den nahezu hundertjährigen Konflikt erkläre, oder was genau die zentralen Forderungen der Palästinenser an Israel sind und warum; genauso wie unbequeme - die Frage nach dem Verhältnis zur Hamas und der Teilung des ohnehin schwachen palästinensischen Lagers in zwei verfeindete Gruppierungen oder der Verantwortung von Armut und Unterentwicklung in der seit Jahrzehnten von der Fatah verwalteten Westbank. Ist alles nur Israels Schuld, oder muss sich die PLO gehörige Misswirtschaft und Korruption selber eingestehen?

Sicher wäre es schön gewesen, wenn auch der eingeladene Botschaftssprecher Israels zugesagt hätte, doch leider gab es dort keine Bereitschaft mit einem Palästinenser zusammen aufzutreten und zu debattieren. Somit interviewten wir unseren Gast zunächst zu den Kernfragen des Streits: Der Geschichte, den Konfliktpunkten, der PLO und Israel, genauso wie zu der Instrumentalisierung des Konfliktes durch Dritte, oder den Einfluss der gegenwärtigen Umstürze und Kriege der Region auf die Zukunft und Verhandlungspositionen beider Lager.

Mit mehr als 20 Gästen, vieren davon mit persönlicher Erfahrung eines Aufenthalts in Palästina, ja sogar zwei Eltern, die das Thema mitgerissen hatte, übernahm aber schließlich das Plenum interessiert die Debattenführung. Es wurde hitzig über die Sicherheit Israels gestritten und die Verlässlichkeit der palästinensischen Institutionen, die Fanatiker in ihren



eigenen Reihen unter Kontrolle zu halten. Es wurde die Ressourcenverteilung des Landes nach einer Teilung in zwei Staaten hinterfragt und die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des Palästinenserstaates.

Leider zeichnete sich letztlich immer schärfer die Aussichtslosigkeit und menschliche Tragik der Lage ab. Israel und der Zionismus wollen Palästina für eine mehrheitlich jüdische Gesellschaft erkämpfen. Nie wieder sollen Juden nur machtlose Minderheit sein. Und in diesem Ziel ist kein Platz für Palästinenser, kein Platz für die Heimkehr der Flüchtlinge nach dem ersten Palästinakrieg 1948, deren Kinder und Enkel in den arabischen Nachbarstaaten mittlerweile mehr als 5 Millionen zählen. In den besetzten palästinensischen Territorien leben ohnehin 4 Millionen Palästinenser, in Summe wären das 9 gegen die 8 Million Juden in Israel. Das ist keine jüdische Mehrheit.

Am Ende des Tages ist es ein zynisches Spiel der Zahlen, genauso zynisch wie der tägliche Kampf um jeden Meter Boden: Jede Siedlung in der Westbank, jeder Mauerabschnitt des Grenzwalls, jeder Teil von exklusiv jüdischen Verbindungsstraßen auf palästinensischem Gebiet, den bypass roads.

Es macht einen traurig zu sehen, dass es in puncto dieser Staatsräsion Israels keine Rolle spielt, ob eine konservative oder linke Regierung an der Macht ist. Genauso, wie es nach mehreren verheerenden Kriegen keinem arabischen Nachbarstaat mehr einfallen würde, für die Sache der Palästinenser wirklich Druck zu machen.

Doch am bittersten mag sein, zu sehen, wie schlecht sich die Palästinenser selbst vertreten haben. Was für einen Bären dienst haben sie sich letztlich mit dem jahrzehntelangem Terror erwiesen, den der Koloss Israel stählern aussitzt? Wie leicht lässt sich ihre Elite auseinander treiben?

Wenn man sieht, dass Jassir Arafat als letzten Retter der Palästinenser Anfang der Neunziger Saddam Hussein erkoren hatte, kurz bevor dieser in Kuwait einfiel, fragt man sich auch, warum sie sich immer den falschen Patron gesucht haben. Und ob für galoppierende Arbeitslosigkeit, bittere Armut und Unterversorgung nicht nur der Erzfeind, sondern auch die Korruption der eigenen Führung verantwortlich ist, wie viele Palästinenser einmal Ende der Neunziger selbst meinten und sich erhoben und die Luxusvillen ihrer Honoratioren in den besetzten Gebieten in Brand steckten. Mich hat es betroffen gemacht, einen so engagierten und charismatischen Fürsprecher getroffen zu haben, der mit allen Mitteln des demokratischen Diskurses gegen die unaufhaltsame Marginalisierung und Entwurzelung seines Volkes kämpft, das im 21. Jahrhundert einfach verloren gehen wird. Selten bekommt man die Tragödien der Weltpolitik einmal so unmittelbar mit. Es ist eine bittere Erfahrung.





## Hochschultour mit Holger Mann

---

*von Benjamin Bark* - Am 25.10. war Holger Mann, MdL, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, im Rahmen seiner Hochschultour an der TU Dresden zu Gast.

Der Tag begann um 10 Uhr mit einem Studierendenfrühstück in den Räumen des StuRa der TU. Mit einigen Studierendenvertreter\_innen und weiteren Interessierten wurden vor allem die mit dem neuen Hochschulgesetz verbundenen Rechtsunsicherheiten von Freiver-such über Studiengebühren bis Semesterticket erörtert.

Um 12 Uhr ging es weiter mit einem Stand vor der Neuen Mensa, wo wir versuchten, die hungrigen Studis für unsere Inhalte zu begeistern und nach ihren Ideen für den Campus zu fragen. Zumindest ein paar scheinen wir erreicht zu haben. ;-)

Den Abschluss des Tages bildete um 18 Uhr eine gemeinsame Veranstaltung mit dem SPD-OV Plauen im Willersbau, in der Holger den Fokus vom Hochschulgesetz auf weitere hochschulrelevante Themen wie den Doppelhaushalt oder Gleichstellung an Universitäten lenkte.

Das nächste Treffen der Hochschulgruppe findet am 14.11. um 18:30 Uhr im Potthoffbau (POT 13) statt. Eine Einladung geht euch demnächst zu.

## "Rassismus tötet!"-Demonstration Leipzig

---

*von Benjamin Bark* - Die Jusos Dresden beteiligten sich mit mehreren Genoss\_innen und in Form zweier Transparente an der am 27.10. in Leipzig stattgefundenen Demonstration der bundesweiten "Rassismus tötet!"-Kampagne unter dem Titel "Never forgive, Never forget – Remembering means fighting". Anstatt für den Bericht das Rad nochmal neu zu erfinden, dokumentieren wir unten in Ausschnitten eine Pressemitteilung der Organisator\_innen, die nach Ansicht des Autors eine recht realistische Einschätzung vom Geschehen liefert. Die PM kann unter <https://bit.ly/SdVfN5> komplett abgerufen werden.

Positiv anzumerken ist die für dieses in Sachsen doch recht marginalisierte Thema (und die niedrigen Temperaturen) recht hohe Mobilisierung. Es erscheint eher unwahrscheinlich, dass eine ähnlich ausgerichtete Veranstaltung in Dresden ebenfalls über 1000 Menschen auf die Strasse bringen würde.

"Am 27.10.2012 demonstrierten in Leipzig über 1500 Menschen unter dem Motto "Never forgive, Never forget – Remembering means fighting" gegen Rassismus. Ein Anlass der Demonstration, die von der Leipziger Kampagnengruppe "Rassismus tötet!" organisiert wurde, war der zweite Todestag von Kamal K., der im Oktober 2010 am Leipziger Hauptbahnhof von zwei Neonazis ermordet wurde. Auch an die fünf anderen Menschen, die





seit 1990 in Leipzig gewaltsam zu Tode kamen, weil sie nicht ins Weltbild ihrer Mörder passten, wurde im Rahmen der Demonstration erinnert. So lief der Demo-Zug am Schwanenteich an der Oper vorbei, wo der wohnungslose Karl-Heinz T. im August 2008 von einem Nazi schwer verletzt wurde, so dass er wenig später an den Folgen verstarb. An der Ritterpassage gegenüber des Hauptbahnhofes gedachten die DemonstrationsteilnehmerInnen mit einer Schweigeminute des ermordeten Kamal K. Mit einer Zwischenkundgebung vor der Staatsanwaltschaft wurde die negative Rolle von staatlichen Behörden und Justiz bei der Aufklärung und Anerkennung solcher Gewalttaten als rechts motiviert kritisiert. Der Stützpunkt der lokalen und regionalen Naziszene, das NPD-Zentrum in der Odermannstraße 8, war der letzte Punkt der Demonstration.

Zahlreiche Redebeiträge thematisierten den allgegenwärtigen gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus. Migrant\*innen erfahren in Deutschland tagtäglich Diskriminierung und Ausgrenzung. Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl suchen, sind davon besonders betroffen. Sie dürfen weder in eigenen Wohnungen leben noch dürfen sie sich frei bewegen oder einer Erwerbsarbeit nachgehen. Diese politisch gewollte Ausgrenzung geht mit einem krassen gesellschaftlichen Rassismus einher. Auch heute organisieren sich bundesweit Bürger\*innen gegen die Errichtung von Asylsuchenden-Unterkünften. In Leipzig machten im Sommer vor allem AnwohnerInnen in Portitz und Wahren gegen Flüchtlinge mobil und propagierten rassistische Ressentiments. [...]

Die Polizei begleitete die Demonstration mit einem massiven Aufgebot – teilweise umschlossen drei- bis vierreihige Polizeieinheiten den Zug – so dass das inhaltliche Anliegen zum Teil nicht mehr transportiert werden konnte. Mehrere kommunikative Versuche diese Situation zu ändern, scheiterten. Erst durch den Stopp der Demonstration an der Angerbrücke konnte der Rückzug von Beamten\*innen erwirkt werden.

Als in der Innenstadt ein 15 mal 5 Meter großes Transparent mit dem Schriftzug "Rassismus tötet. Durch Pogrome, Asylgesetzgebung, geistige Brandstiftung, Pogrome" enthüllt wurde, reagierten die polizeilichen Einsatzkräfte vollkommen hysterisch. Mehrmal wurde der Demonstrationzug zudem grundlos abgefilmt. [...]"



## Redaktion

---

Liebe Jusos,

bei Fragen und Änderungs- bzw. Verbesserungsvorschlägen könnt ihr euch gerne an uns unter [mathias.rudolph@jusos-dresden.de](mailto:mathias.rudolph@jusos-dresden.de) wenden. Ansonsten hoffen wir auf eure rege Mitarbeit und freuen uns schon sehr auf die nächsten Beiträge.

Mit vielen Grüßen

Mathias

**Redaktionsschluss: 23. November 2012**

